

# „Reine PR-Aktionen und Lippenbekenntnisse“

**BZ-INTERVIEW** mit Thomas R. Köhler, Experte für Informationstechnik / Aus seiner Sicht tut Facebook viel zu wenig, um die Daten seiner Nutzer zu schützen

FREIBURG. Kürzlich wurde bekannt, dass Hacker Daten von rund 30 Millionen Facebook-Nutzern erbeutet haben. Kann der Konzern den Schutz seiner Nutzer noch garantieren? Warum werden Facebook, Google und Co nicht stärker in die Pflicht genommen? Sebastian Kaiser hat darüber mit dem Internetexperten Thomas R. Köhler gesprochen.

**BZ:** Facebook hat aufgrund eines Datenlecks wieder Schlagzeilen gemacht. Hat Sie das überrascht?

**Köhler:** Nein, es ist lediglich ein Skandal in einer ganzen Reihe von Datenkandalen bei Facebook. Es wird wohl auch nicht der letzte gewesen sein. Wenn Facebook-CEO Mark Zuckerberg – wie nach den Vorfällen um Cambridge Analytica – bei Anhörungen vor dem Europaparlament oder dem US-Senat gut Wetter macht und Besserung gelobt, dann sind das aus meiner Sicht reine PR-Aktionen und Lippenbekenntnisse, ebenso wie beim gerade angekündigten Kauf einer IT-Sicherheitsfirma.

**BZ:** Facebook ist nicht der einzige Konzern, der bereits gehackt wurde. Woran liegt es, dass Kundendaten im Internet nicht ausreichend geschützt werden?

**Köhler:** Das Grundproblem ist, dass es der IT-Branche in den vergangenen Jahrzehnten gelungen ist, sich in Sachen Produktqualität und Datensicherheit aus der Verantwortung zu stehlen. Wenn Autos nach denselben Maßstäben gefertigt würden wie Softwareprodukte oder Internetdienstleistungen, dann wären wir alle vermutlich längst aufgrund technischer Defekte bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen. Es fehlt an klaren Richtlinien bei der Zulassung und verbindlichen Sicherheitsstandards. Diese Versäumnisse werden uns mit zunehmender Abhängigkeit von IT schmerzlich bewusst.

**BZ:** Wie können Internetkonzerne denn

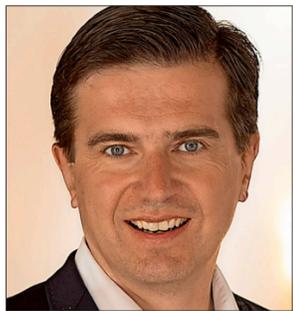


Facebook zieht viel Kritik auf sich.

FOTO: DPA/RENÉ SPUTH

dazu gebracht werden, sorgsamer mit den Daten ihrer Kunden umzugehen?

**Köhler:** Das ist letztendlich nur über die Haftung möglich. Der Verlust von Nutzerdaten muss sanktioniert werden, so wie das nun die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auch vorsieht. Leider ist derzeit noch nicht so ganz klar, wie das in der Praxis aussehen wird. Auch deshalb,



Thomas R. Köhler

weil die DSGVO zahlreiche Fragezeichen enthält und bürokratische Hindernisse aufbaut, die vor allem mittelständischen Unternehmen zu schaffen machen. Die Grundidee ist allerdings richtig. Unternehmen müssen dazu angehalten werden, sich aktiv um die Datensicherheit ihrer Kunden zu kümmern – tun sie das nicht, muss es teuer werden.

**BZ:** Ist denn der politische Wille vorhanden, den Datenschutz auch gegen die großen Internetkonzerne durchzusetzen?

**Köhler:** Grundsätzlich sehe ich diesen Willen. Es ist inzwischen auch ein internationaler Konsens in dieser Frage vorhanden. Das Problem ist aber, dass sich die Politik in dieser Frage noch immer von Lobbyisten beeinflussen lässt. Google und Facebook investieren Millionenbeträge dafür, politische Entscheidungsprozesse und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Bei Facebook geschieht dies in Europa recht diskret. Google tritt hingegen offensiver auf. Das Unternehmen fi-

nanziert in Deutschland beispielsweise das „Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft“ und nimmt damit Einfluss auf Forschung und Lehre. Es geht auch anders: Beinahe vorbildlich verhält sich derzeit Apple, dessen Unternehmenschef Tim Cook den europäischen Datenschutz explizit lobt und sich nachdrücklich von den anderen großen Tech-Unternehmen distanziert.

**BZ:** Experten gehen davon aus, dass Facebook durch die Ereignisse der vergangenen Monate bis zu drei Millionen Nutzer in Europa und Nordamerika verlieren könnte. Hat Facebook seinen Zenit überschritten?

**Köhler:** Facebook hat bei jüngeren Zielgruppen ein Problem – insbesondere seit die Elterngeneration das Netzwerk für sich entdeckt hat, ist Facebook „nicht mehr cool“. Allerdings ist Facebook längst keine Monomarkte mehr. Das heißt, die Nutzer sammeln sich halt woanders. Zum Beispiel bei Whatsapp oder Insta-

gram. Aber es stimmt schon. Facebook ist in den westlichen Industriestaaten bei der erreichbaren Zielgruppe auf dem Zenit angelangt. Dem Abschmelzen der Nutzerbasis und dem Schwinden der durchschnittlichen Nutzungsdauer will der Konzern nun verstärkt entgegenwirken. Das geschieht derzeit vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, wo Facebook versucht, seine Nutzerzahlen auszuweiten. Ausgedient hat das Modell in absehbarer Zeit also nicht.

**BZ:** Instagram-Gründer Kevin Systrom hat Facebook inzwischen verlassen, ebenso Brendan Iribe, Ex-Chef von Oculus VR. Zudem fordern mehrere Großinvestoren den Rückzug von Mark Zuckerberg. Rumort es gerade bei Facebook?

**Köhler:** Es ist nicht ungewöhnlich, dass Gründer nach der Übernahme ihres Unternehmens nach einer gewissen Zeit gehen. Das gilt vor allem für Unternehmerpersönlichkeiten wie Systrom oder Iribe, die ihre Firmen sehr schnell und sehr erfolgreich aufgebaut und dabei Milliardenbeträge verdient haben. Ich würde das daher nicht überbewerten. Hinzu kommt, dass Mark Zuckerberg bei Facebook aufgrund des Mehrfachstimmrechts noch immer der Alleinherrscher im Haus ist. Damit eckt er zwar immer wieder an, allerdings jammern die Investoren auf hohem Niveau. Facebook ist nach wie vor eine absolute Gelddruckmaschine. Dass sich der Aktienkurs seitwärts bewegt oder auch mal runter geht, ist im Zuge der sich abzeichnenden Schwäche in der Tech-Szene normal. An Mark Zuckerberg führt bei Facebook derzeit nichts vorbei – daran wird auch das Jammern der Investoren nichts ändern.

**Thomas R. Köhler** war mehrere Jahre als IT-Unternehmer tätig. Inzwischen ist er Autor und Unternehmensberater. Sein 2017 erschienenes Buch heißt: „Understanding Cyber Risk“.

## Die Post darf das Porto vorerst nicht erhöhen

BONN (dpa). Die Deutsche Post muss mit der ursprünglich zum Jahreswechsel geplanten Erhöhung des Briefportos warten. Weil sie nicht alle notwendigen Daten eingereicht hat, legte die Bundesnetzagentur am Mittwoch das Genehmigungsverfahren für die Preiserhöhung auf Eis. „Eine endgültige Entscheidung ist wegen der aktuellen Umbrüche bei der Deutschen Post AG nicht möglich“, sagte der Chef der Netzagentur Jochen Homann. Die derzeit gültigen Preise blieben daher vorerst in Kraft. Eine Entscheidung über das künftige Postporto kündigte die Netzagentur für das erste Halbjahr 2019 an. Auf Preissenkungen können die Postkunden aber wohl nicht hoffen.

## EU-Staaten für Verbot von Einwegplastikgeschirr

BRÜSSEL (dpa). Das Aus für Plastikteller, Strohhalm und andere Kunststoff-Wegwerfprodukte in Europa rückt näher. Die EU-Staaten stimmten am Mittwoch für das geplante Verbot von Einwegplastik. Das Europaparlament hatte sich bereits vor gut einer Woche dafür ausgesprochen. Bis Ende des Jahres sollen nun die finalen Verhandlungen zwischen beiden Seiten abgeschlossen werden. Die EU-Kommission hatte im Mai vorgeschlagen, Einmalgeschirr, Strohhalm, Wattestäbchen und andere Wegwerfartikel aus Plastik zu verbannen. Sie legte sich damit mit der Kunststoffbranche an, die laut Behördenangaben 2015 einen Umsatz von 340 Milliarden Euro machte.

## Eine Kommission entscheidet

Nicht die Politik, sondern ein Expertengremium legt die Höhe des Mindestlohns fest

BERLIN. Im Wirtschaftsboomland Deutschland stehen sie eher am Rande: Millionen Beschäftigte, die Tag für Tag arbeiten gehen – aber nur sehr niedrige Einkommen haben. Um Lohn-Dumping zumindest einen Riegel vorzuschieben, gilt seit 2015 eine gesetzliche Untergrenze mit eingebautem Erhöhungsmechanismus. Der greift zum Jahreswechsel wieder, wie das Bundeskabinett am Mittwoch per Verordnung besiegelte: Bis 2020 steigt der Mindestlohn von jetzt 8,84 Euro brutto die Stunde auf 9,35 Euro.

### Wie stark wird der Mindestlohn erhöht?

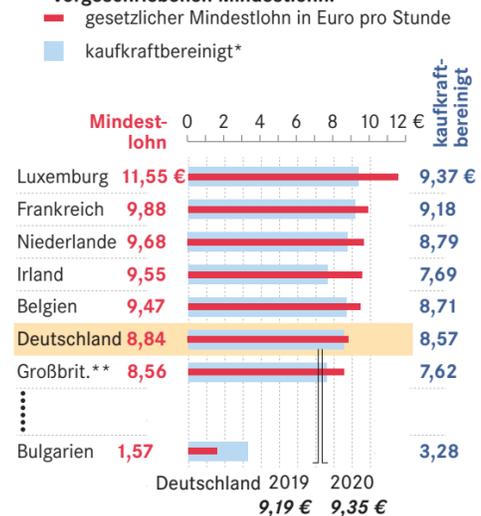
Es sind zwei Stufen vorgesehen, die eine unabhängige Kommission aus Vertretern von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft im Juni berechnet hat. Zum 1. Januar 2019 steigt der Mindestlohn zunächst um 35 Cent auf 9,19 Euro, zum 1. Januar 2020 um weitere 16 Cent auf 9,35 Euro. Was für jeden Beschäftigten eher kleine Beträge auf dem Konto sind, klingt zumindest zusammengenommen größer: Grob geschätzt dürften die Arbeitgeber 2019 damit 790 Millionen Euro mehr an Löhnen zahlen und 390 Millionen Euro im folgenden Jahr, erwartet die Bundesregierung. Profitieren sollen vor allem Frauen, Arbeitnehmer im Osten und solche ohne Ausbildung – sie bekommen öfter nur niedrige Löhne.

### Warum legt eine Kommission den Mindestlohn fest?

Dass ausdrücklich nicht die Politik über eine regelmäßige Anpassung der Beträge

### Mindestlohn in Europa

In 22 der 28 EU-Länder gibt es einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn.



\* Umrechnung aufgrund der von der Weltbank für 2016 ausgewiesenen Kaufkraftunterschiede

\*\* National Living Wage für Arbeitnehmer ab 25 Jahren

BZ-GRAFIK/DPA/DRE STAND: JANUAR 2018 QUELLE: HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

### Wirkt der Mindestlohn?

„Die Einführung des Mindestlohns war ein notwendiger und richtiger Schritt“, sagt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD. Seine Partei hatte dies als ein Kernanliegen in der vorherigen großen Koalition durchgesetzt. Dabei macht auch Heil keinen Hehl daraus, dass es sich immer nur um eine „absolute Lohnuntergrenze“ handeln könne. Sozialverbände und Linke fordern seit langem kräftigere Anhebungen um einige Euro – statt um wenige Cent. Mit dem jetzigen Niveau sei keine Rente über der Grundsicherung möglich, moniert der Sozialverband VdK. Auch zum Abfedern höherer Miet- und Heizkosten reiche es nicht. Offiziell soll der Mindestlohn möglich machen, dass ein alleinstehender Beschäftigter mit regelmäßiger 40-Stunden-Woche monatlich mehr hat als das unpfändbare Einkommen von rund 1100 Euro.

### Wie geht es weiter?

Pünktlich zum Kabinettsbeschluss befeuerte Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) die Debatte über die Zukunft des Mindestlohns – und warb erneut für 12 Euro die Stunde. Auch Heil ließ erkennen, diese „Zielmarke“ gehe in die richtige Richtung. Nur sieht das Gesetz eine solche Vorgabe nicht vor. Heil verwies darauf, die Regelung bis 2020 zu überprüfen. Die Arbeitgeber warnten schon: Heute 12, und irgendwann 15 oder 20 Euro – gerade solche „Lohnwillkür“ sollte doch eigentlich unterbunden werden. **Sascha Meyer (dpa)** Tagesspiegel, Seite 1

### Heizölpreise

	Preis in Euro für 100 Liter bei den jew. Abgabemengen					
	1500 l		3000 l		5000 l	
Offenburg	24.10.	31.10.	24.10.	31.10.	24.10.	31.10.
	101,15	101,27	97,66	97,54	96,21	96,09
Emmendingen	104,13	105,61	100,56	102,40	98,91	100,83
	107,81	107,62	101,90	101,71	98,36	98,17
Freiburg	101,75	99,66	99,37	98,71	98,20	97,72
	108,89	108,59	102,44	102,24	98,89	98,68
Lörrach	106,03	107,46	102,34	103,89	100,67	102,24
	109,62	109,31	103,15	102,94	99,73	99,52
Titisee-Neustadt	101,77	102,48	97,79	98,51	96,54	97,26
	110,48	110,16	104,55	104,33	100,52	100,30

